

Wolfgang Franz Werner

Die kulturellen Aktivitäten des rheinischen Provinzialverbandes

Einen Gesamtüberblick über die Kulturpolitik des Provinzialverbandes und ihre Würdigung würde den gesetzten Rahmen dieses Beitrages sprengen. Ich werde mich daher auf die politische Instrumentalisierung dieser Politik in der NS-Zeit konzentrieren, die aber ohne die Entwicklung in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik nicht zu verstehen ist.

Aktivitäten vor 1918

Mit der Provinzialordnung von 1875 und den Dotationsgesetzen von 1873 und 1875 wurden die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Grundlagen für die Arbeit des Provinzialverbandes geschaffen. Als regionale Selbstverwaltungskörperschaft war er oberhalb der kommunalen und unterhalb der staatlichen Ebene angesiedelt.

Der Provinzialverband konnte erstens aktiv werden mit dem Betrieb eigener Kultureinrichtungen und zweitens durch die Förderung von Projekten.

Als eigene Einrichtungen wurden dem Provinzialverband vom preußischen Staat die Provinzialmuseen in Bonn (1876) und Trier (1877) zugewiesen. Es dauerte allerdings noch Jahre, ehe die beiden Museen eigene Gebäude erhielten (Trier 1889, Bonn 1893). Am Beispiel Bonn lässt sich zeigen, dass die Baumaßnahmen die finanziellen Möglichkeiten des Verbandes überschritten. Es bedurfte der Unterstützung durch den preußischen Staat und die Stadt Bonn.¹ Zu den Museen kam die Denkmalpflege im weitesten Sinne.

Die Förderung gestattete zeitlich begrenzte Aktivitäten ohne langfristige Verpflichtungen oder den Aufbau eigener Institutionen. Der Verband betrieb keine expansive Kulturpolitik. Er orientierte sich an großbürgerlichen Vorstellungen und war primär rückwärtsgewandt.

Mit dem Ersten Weltkrieg kamen die kulturellen Aktivitäten weitgehend zum Erliegen.

Kultur als Mittel politischer Verteidigung in der Katastrophenphase der Weimarer Republik

Zu Beginn der Weimarer Republik gab es bei keinem der Provinzialverbände ein ausgearbeitetes Konzept der Kulturpflege oder ein selbständiges Kulturdezernat.² Anders als der westfälische Provinzialverband zeigte der rheinische keine Neigung, in erweiterter institutioneller Form tätig zu werden. Das lag sicher auch daran, dass sich die Rheinprovinz in einer besonders schwierigen Lage befand. Zwar trafen Reparationen, Rezession und Ähnliches auch andere Regionen, aber in der Rheinprovinz hatte man zusätzlich mit der alliierten Besetzung, erheblichen Gebietsverlusten, der zeitweiligen »Versackungspolitik« der Reichsregierung, dem Separatismus und anderen Problemen zu kämpfen.

Die Besatzungspolitik traf die Menschen im Rheinland am empfindlichsten. Das gesamte linksrheinische Gebiet der Rheinprovinz war besetzt. Dazu kamen mehrere Brückenköpfe auf der rechtsrheinischen Seite und zeitweise zusätzliche Okkupationen. Der Hauptakteur war Frankreich, das nach dem Ausscheiden der US-Amerikaner auch deren Zone übernahm. Beunruhigend für den Provinzialverband war zudem die Diskussion um eine Reichsreform, die zur Abschaffung Preußens und damit auch seiner Provinzialverbände hätte führen können.

Es war ein ungleicher Kampf gegen Frankreich, denn Deutschland beziehungsweise die Rheinprovinz hatte so gut wie keine Mittel, die in diesem Kampf eingesetzt werden konnten. Da traf es sich gut, dass Kultur wenig kostet. Angesichts der Tatsache, dass der Feind

¹ Arie Nabrings, Kultur als kommunale Aufgabe, in: Gerhard Rehm, Adel, Reformation und Stadt am Niederrhein. Festschrift für Leo Peters, Bielefeld 2009, S. 299–329, hier S. 304.

² Karl Ditt, Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1886 bis 1945, in: Karl Tepe (Hrsg.), Selbstverwaltung und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 253–271, hier S. 255 f.

nicht nur im eigenen Land, sondern im eigenen Haus stand und die Arbeit des Provinzialverbandes mehr als einmal behinderte, war es wohl Vorsicht, wenn dieser sich bei den sich kulturell gebenden, aber politisch motivierten Veranstaltungen anfangs nicht zu sehr zu erkennen gab.

Es ist nicht ohne Ironie, dass sich strukturell ein Prozess wiederholte, wie er sich in Frankreich nach dessen Niederlage im Krieg von 1870/71 abgespielt hatte. Von 1876 bis 1879 wurden dort zweihundertfünfzig Lehrstühle geschaffen, deren Forschungs- und Lehrtätigkeit sich unter anderem um den Nachweis der Legitimität französischer Ansprüche auf Elsass-Lothringen drehte.³ Nun verfügte der Verband über keine historiographischen Institutionen, die die historische Legitimation des Deutschseins der Rheinprovinz hätte übernehmen können. Es erwies sich jedoch als sehr hilfreich, dass der Verband die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde seit 1881 mit erheblichen Mitteln unterstützt hatte.⁴ Diese Gesellschaft übernahm die Herausgabe einer zweibändigen Rheinischen Geschichte, die in Rekordzeit hergestellt wurde. Begründet wurde die Notwendigkeit für ein solches Werk wie folgt:

»Die deutsche Westmark, von der wir glaubten, daß die Gefahr fremder Übergriffe auf sie für immer beseitigt sei, erscheint uns heute [...] heiß umstrittener Kampfpriest der Fremden. Wenn infolge des verlorenen Krieges ganz Deutschland wieder der Tummelplatz fremdländischen Machtstrebens geworden ist, so muß das von den Armeen unserer Kriegsgegner besetzte Rheinland jetzt den Kelch politischer Demütigung bis zur Neige leeren, und die Unversehrtheit des nationalen Territoriums erscheint hier aufs äußerste gefährdet. Seit dem Jahre 1919 macht sich zudem im Rheinland eine ausländische Propaganda geltend, die den nationalen, den deutschen Charakter der rheinischen Vergangenheit zu trüben sucht. Wichtige Einzelfragen der rheinischen Vergangenheit, die für die Gegenwart und Zukunft von Bedeutung sind, sind während der letzten Jahre auch sonst in der Öffentlichkeit, insbesondere der rheinischen Presse, des öfteren in einer Weise erörtert worden, die eine ausreichende und zuverlässige Kenntnis dieser Vergangenheit vermissen läßt.«⁵

Autoren waren Professoren an den Universitäten Bonn (Hermann Carl Wilhelm Aubin, Theodor Frings, Wilhelm Levinson, Walter Platzhoff) Köln (Bruno Kuske, Justus Hashagen) Frankfurt (Friedrich Koeppe) sowie der Archivdirektor der Stadt Köln (Joseph Hansen) und der Provinzialkonservator der Rheinprovinz (Edmund Renard).

Damit war sozusagen die »Bibel des Deutschseins der Rheinprovinz« geschaffen. Nun brauchte man noch Multiplikatoren. Wie man dem Vorwort des Werkes entnehmen kann, hatte man auch daran gedacht. Journalisten sollten sich hier informieren und historisch korrekt publizieren, was nach Meinung des Herausgebers bis dahin nicht immer der Fall gewesen war. Der Preis der beiden Bände war bewusst niedrig angesetzt, damit auch Lehrer diese Bände kaufen konnten. Viele Lehrer waren über ihre schulische Tätigkeit hinaus in Heimat- und Geschichtsvereinen tätig.⁶ Mit den Bonner Professoren Aubin und Frings waren zwei Angehörige des 1920 geschaffenen und vom Provinzialverband unterstützten Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an diesem Werk beteiligt. Die philosophische Fakultät der Universität Bonn hielt die Arbeit dieses Institutes für die »Kräftigung des deutschen Empfindens in den Rheinlanden von allergrößter Bedeutung«.⁷

Zum Großereignis des kulturellen Abwehrkampfes wurde im Jahr 1925 die »Jahrtausendfeier«. Entscheidend war, dass die beiden wichtigsten Politiker des Provinzialverbandes, Karl Jarres und Konrad Adenauer, sich dieser Idee annahmen und für ihre Umsetzung sorgten.⁸ Die Reichsregierung, die preußische Regierung und der Rheinische Provinzialverband brachten die Kosten von 1,2 Millionen Reichsmark je zu einem Drittel auf. Dies ist eine enorme Summe in einer Zeit, in der rigorose Sparpolitik betrieben wurde.⁹ Vielen Zeitgenossen war klar, dass der Anlass für die Feier an den Haaren herbeigezogen war. Dennoch beteiligten sich um des politischen Effektes willen zahlreiche Politiker an den Veranstaltungen und Kundgebungen. Die Bedeutung des Provinzialverbandes spiegelt sich darin wider, dass die Jahrtausendfeier mit einer Festsitzung des Provinziallandtages am 4. Februar 1925 begann. Das Rückgrat der Feier bildeten Veranstaltungen in den rheinischen Großstädten. Die

³ Horst Wallraff, Regional- und Landesgeschichte, in: Jürgen Elvert / Jürgen Nielsen-Sikora (Hrsg.), Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus, Stuttgart 2008, S. 246–288, hier S. 273 f.

⁴ Josef Ruland, Kulturpflege in der Rheinprovinz, in: Walter Först (Hrsg.), Das Rheinland in preußischer Zeit. Köln 1965, S. 187–204, hier S. 202.

⁵ Hermann Aubin (Hrsg.), Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, 2 Bände, Essen 1922, hier Bd. 1, S. V f.

⁶ Ebenda, S. VII f.

⁷ Zitiert nach Marlene Nikolay-Panter, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der

Rheinlande 1920–1945, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Der Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum 1919–1960, Münster 2003, S. 689–714, hier S. 694.

⁸ Franziska Wein, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Essen 1992, S. 123–142.

⁹ Tilman Koops, Die rheinische Tausendjahrfeier 1925, in: Stephan Lennartz (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserzeit und Nationalsozialismus, Bensberg 1997, S. 73–87, hier S. 77.

Kölner Jahrtausendausstellung, die vom Provinzialverband in erheblichem Umfang mitfinanziert wurde, war wahrscheinlich die bedeutendste Veranstaltung. Sie konkurrierte mit der Ausstellung in Aachen und bot einen Überblick über tausend Jahre rheinische Geschichte mit deutlichen Schwerpunkten bei der Kultur- und bei der Wirtschaftsgeschichte.¹⁰ In Düsseldorf fand in den Räumen des Provinzialverbandes eine Kunstausstellung statt, außerdem eine Opern- und Festspielwoche. Koblenz steuerte eine große Weinbauausstellung nebst Winterfest bei und machte die Verknüpfung der Feiern mit kommerziellen Interessen und solchen des Fremdenverkehrs am deutlichsten. Das nationale Sportfest im Siebengebirge, die rheinischen Musikfestspiele in Trier, die Ausstellung rheinischer Goldschmiedekunst, Plastik und Malerei in Krefeld und so weiter reichten in die Liste der Festveranstaltungen ein. Für die meisten größeren Veranstaltungen wurden Mittel beim Provinzialverband beantragt und bewilligt. In großer Zahl erschienen Broschüren und Festschriften. Dazu gehörte auch das vom Provinzialausschuss beauftragte Buch »Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein« quasi als Fortsetzung der Geschichte der Rheinlande.¹¹ Der Provinziallandtag beschloss außerdem zur »bleibenden Erinnerung an die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinprovinz zum Deutschen Reiche« den Ausbau der orthopädischen Kinderheilstätte Süchteln im Umfang von 1,2 Millionen Reichsmark.¹² Außerdem nutzte die Provinzialverwaltung den Anlass, mit sehr aufwendigen Publikationen auf sich und ihre Leistungen aufmerksam zu machen, möglicherweise zur Rechtfertigung der eigenen Existenz.¹³

Kultur als Mittel politischer Revision in der Konsolidierungsphase der Weimarer Republik

Die Erfolge durch den massiven Einsatz von Kultur als Mittel der Selbstbehauptung ließen es dem Provinzialverband sinnvoll erscheinen, die Kulturaufgaben und die dazu bereitgestellten Mittel an einer einzigen Stelle zu konzentrieren. Waren in der Kaiserzeit die kulturellen Aufgaben dem Landesdirektor (später: Landeshaupt-

mann) zugeordnet, wanderten diese seit 1923 zwischen verschiedenen Landesräten hin und her, die hauptsächlich andere Aufgaben wahrnahmen. Das änderte sich 1927, als Dr. Robert Busley mit der Wahrnehmung der Kulturaufgaben betraut wurde. Er war Assistent am Kunsthistorischen Institut der Universität Bonn gewesen und genoss als Schüler von Paul Clemen großes Ansehen. Zudem hatte er sich bei der »Tausendjahrfeier« ausgezeichnet. Er sollte Landeshauptmann Horion zuarbeiten und für eine bessere Planung sorgen.¹⁴ Trotz dieser institutionellen Veränderung blieb Förderung das Mittel der Wahl.

Dies lässt sich am Institut für geschichtliche Landeskunde zeigen. Es hatte sein Gründungskapital von zweihunderttausend Mark durch Inflation und Währungsreform verloren. Mit der Gründung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande im Jahre 1925 sollten neue Möglichkeiten erschlossen werden. Zur Gründung dieses Vereins hatten unter anderem der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (Vorsitzender des Provinzialausschusses), der Reichsminister des Innern Karl Jarres (Vorsitzender des Provinziallandtages) und der Landeshauptmann Johannes Horion aufgerufen. Horion übernahm den Vereinsvorsitz und sorgte für regelmäßige ideelle und finanzielle Unterstützung und ermöglichte so eine »breite Resonanz in der rheinischen Bevölkerung«.¹⁵

Auch auf dem Gebiet von Natur- und Heimatschutz bekam der Provinzialverband Gelegenheit, sich zu engagieren. Mit diesem Thema hatte man sich schon im neunzehnten Jahrhundert befasst, sogar erste Erfolge erzielt, im zwanzigsten Jahrhundert gesetzliche Regelungen gefunden, ohne jedoch wirklich weiterzukommen. In Preußen verständigten sich Oberpräsidenten und Provinzialverbände 1924 darauf, diese Aufgaben bei den Provinzialverbänden anzusiedeln. Auch hier blieb der rheinische Provinzialverband seiner Linie treu, als Förderer aufzutreten und möglichst keinen eigenen Verwaltungszweig dafür aufzubauen. Eine Provinzialstelle für Naturschutz wurde daher 1925 beim Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz eingerichtet.¹⁶

Auch bei der Schaffung der Museumsberatung blieb der Provinzialverband der Linie treu, lieber Fördergelder bereitzustellen als eigene Institutionen aufzubauen. Gerade durch die Tausendjahrfeier war das Interesse an Heimatmuseen als Kristallisationskerne für nationale

¹⁰ Rüdiger Haude, Die »Jahrtausendausstellungen« in Köln und Aachen 1925, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-jahrtausendausstellungen-in-koeln-und-aachen-1925/DE-2086/lido/57d1357ad31239.21169195> sowie Wilhelm Ewald / Bruno Kuske (Hrsg.), Führer durch die Jahrtausendausstellung der Rheinlande in Köln 1925, Köln 1925, sowie dies., Katalog der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande in Köln 1925, Köln 1925.

¹¹ <http://www.ub.uni-koeln.de/cdm4/document.php?CISO-ROOT=/rheinmono&CISOPTR=20298&REC=6>.

¹² Verhandlungen des 69. Rheinischen Provinziallandtages, Düsseldorf 1925, Protokolle S. 23.

¹³ Johannes Horion (Hrsg.), Die Rheinische Provinzialverwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, Düsseldorf 1925. Die Darstellung erstreckt sich über 700 großformatige Seiten mit zahlreichen Bildern und Karten.

¹⁴ Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (im Folgenden: ALVR), NL Horion 58, Drucksache Nr. 3 zur Sitzung des Provinzialausschusses am 19. Juli 1927 sowie Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 310.

¹⁵ Nikolay-Panter, Geschichte (Anm. 7), S. 696 f.

¹⁶ Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 309 mit Literaturverweisen.

Gesinnung auf der Basisebene gewachsen. Sie zu professionalisieren schien das Gebot der Stunde. Es hätte auf den ersten Blick nahegelegen, diese Aufgabe den Museen in Bonn und Trier zu übertragen. Das jedoch stieß auf Vorbehalte bei den Heimatmuseen. Diese fürchteten nach den bisherigen Erfahrungen, dass ihnen die Provinzialmuseen die spektakulärsten Stücke wegnehmen würden. So kam es zur Gründung des Verbandes rheinischer Museen unter Vorsitz von Landeshauptmann Horion am 23. November 1927.¹⁷

Der Provinzialverband stellte das Geld, die Verbandsmitglieder konnten über dessen Verwendung mitentscheiden. Für den Provinzialverband war dabei die Stärkung des Heimatgedankens politisch besonders wichtig. Das »Nachrichtenblatt für die rheinische Heimatpflege« diente als Fachzeitschrift für diesen Bereich.

Mit der Gründung der Archivberatungsstelle Rheinland 1929 dehnte der Provinzialverband seine kulturellen Aktivitäten aus. Er folgte dabei einmal mehr dem Provinzialverband Westfalen, der bereits 1928 eine Archivberatungsstelle eingerichtet hatte. Bedarf dafür bestand auch im Rheinland, wo die Staatsarchive selbst eingestandenmaßen nicht in der Lage waren, den kommunalen und sonstigen nichtstaatlichen Archivbereich zu bedienen. In dem entsprechenden »Bericht und Antrag« des Provinzialausschusses, eine solche Archivberatungsstelle beim Provinzialverband einzurichten, wird Bezug genommen auf die Unterstützung dieses Gedankens durch die Vorsitzenden des Rheinischen Landkreisverbandes, des Rheinischen Städtebundes und des Landesgemeindevverbandes West. Besonders hervorgehoben wird dabei die Tatsache, dass die eigentliche Anregung zur Errichtung einer Archivberatungsstelle vom Vorsitzenden des Rheinischen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres (Duisburg) ausgegangen sei.¹⁸

Dass die neue Einrichtung nicht nur rein wissenschaftliche Aufgaben zu übernehmen hatte, klingt an einigen Stellen der Vorlage vorsichtig an. »Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei dem außerordentlich reichen historischen Erleben der rheinischen Lande auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu allen Zeiten, in der Vergangenheit wie im Besonderen in der Gegenwart, sich ein starker Niederschlag der geschichtlichen Vorgänge in Urkunden und Akten vorfindet. [...] Auch über rein wissenschaftliche und fachmännische Ausnutzung und Bearbeitung dieser Schriftquellen hinaus ha-

ben die fast an allen Orten, wenn auch nicht systematisch und allen Ansprüchen entsprechend eingerichteten Archive einen ganz besonderen Wert für die Lokal- und Verwaltungsgeschichte. Darüber hinaus bedeuten sie einen integrierenden Bestandteil der rheinischen Landes- und Heimatkunde. Es wird hierbei, um ein Beispiel anzuführen, auf die Wichtigkeit aller Akten aus der Zeit des Ruhrkampfes hingewiesen: Bei der Bearbeitung und Sichtung dieses Materials durch eine hierfür berufene Kommission ergab sich, daß sich schon jetzt allenthalben empfindsame Lücken im Aktenmaterial zeigen!«¹⁹ Mit der Schaffung der (kleinen) Archivberatungsstelle wich der Provinzialverband von seiner bisherigen Strategie ab, die eigenen Dienststellen nicht zu vermehren. Allerdings bestand er auch hier darauf, durch die »Mitarbeit tüchtiger örtlicher Archivpfleger« die Aufwendungen für Personal strikt zu begrenzen.²⁰

Das Zitat belegt den Wert, den der Ausschuss gerade den zeitgenössischen Quellen zumaß – hier wird der Ruhrkampf als Beispiel genannt – und auf die Auswertung dieser Quellen über die rein wissenschaftliche Nutzung hinaus. Die verdeckte Stoßrichtung ist damit klar: möglicher Schadensersatz von Frankreich. Die Akzeptanz der neuen Dienststelle sollte erhöht werden durch die Archivberatungskommission, in der viele fachliche und gesellschaftlich relevante Bereiche vertreten waren.

Die Einrichtung dieser Dienststelle fügt sich in die Verschärfung revisionistischer Tendenz gegen Ende der Weimarer Republik ein. Das vom Provinzialverband stark geförderte Institut für geschichtliche Landeskunde versuchte 1928 auf konspirative Art, eine Abteilung für westdeutsche Grenzlandforschung aufzubauen. »Um alles Aufsehen zu vermeiden, sollte diese allerdings nach außen hin nicht in Erscheinung treten, sondern der bestehenden historischen Abteilung eingegliedert werden«, heißt es in der Denkschrift. Begründet wurde der Vorschlag mit dem Argument, dass französische Universitäten bei der Grenzlandforschung wesentlich weiter seien, während man in Deutschland dieses Thema vernachlässige. »Der deutsche Kultureinfluß in diesen Ländern [Elsaß-Lothringen, Belgien und Luxemburg] kann wesentlich verstärkt werden, wenn es gelingt, ihre wissenschaftlich interessierten Kreise der deutschen Wissenschaft zu verpflichten und sie von uns aus zu eigenen Arbeiten anzuregen.«²¹ Landeshauptmann Horion unterstützte den Antrag und erreichte beim Reichsminister für

¹⁷ Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 310 f.

¹⁸ Verhandlungen des 75. Rheinischen Provinziallandtages vom 5. bis 9. März 1929, Düsseldorf 1929, Anlagen zu den Verhandlungsprotokollen Nr. 18, S. 68–71, hier S. 68.

¹⁹ Ebenda, S. 69. Der Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive, Adolf Brackmann, unterstützte dies nachdrücklich. »Gerade hier, wo in letzter Zeit noch durch militärische Besetzung manche kommunale Archive in ihrem Bestande gefährdet worden sind,

erscheint es doppelt notwendig, einer weiteren Vernichtung wertvoller Dokumente systematisch vorzubeugen.«, in: Nachrichtenblatt für rheinische Heimatpflege 1 (1929/30), Heft 9/10, S. 3.

²⁰ Hans Budde / Peter K. Weber, 80 Jahre Archivberatung im Rheinland. Alte Aufgaben – Neue Herausforderungen, in: LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum (Hrsg.), 80 Jahre Archivberatung im Rheinland, Bonn 2009, S. 11–47, hier S. 15.

²¹ ALVR 11062, Denkschrift vom 11.05.1928 (Abschrift).

die besetzten Gebiete die Zusage von Finanzmitteln, die allerdings hinter den Wunschvorstellungen zurückblieben.²²

Von der Stagnation in der Weltwirtschaftskrise zur Expansion in der NS-Zeit

In der Rheinprovinz. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der Tod von Landeshauptmann Horion bedeuteten einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des Provinzialverbandes. Der Nationalsozialist Heinz Haake wurde am 11. April 1933 mit den Stimmen der Abgeordneten von NSDAP und Zentrum bei Enthaltung derjenigen der SPD zum Landeshauptmann der Rheinprovinz gewählt, also mitten in den Wirren nach der »Machtergreifung«, dem Reichstagsbrand, der Reichstagsbrandverordnung und so weiter und mitten in dem gewaltsamen Umbau Deutschlands zur Diktatur.

Unklar war zunächst, wie die Entwicklung im Einzelnen weitergehen sollte. Eine »Reichsreform« mit dem Ziel territorialer Umstrukturierung war schon in der Weimarer Republik diskutiert worden, wobei es unter anderem um die Abschaffung Preußens ging.²³ Hitler hatte dazu in »Mein Kampf« vage Stellung bezogen. Danach stand die Schaffung einer starken Zentralregierung mit einem Unterbau an Gauen zu erwarten, die sich an der Gaueinteilung der NSDAP orientierten und damit die Länder überflüssig machen sollten. Noch auf dem Nürnberger Parteitag (30. August bis 3. September 1933) kündigte Hitler die Abschaffung der Länder an.²⁴ Damit wäre zum Beispiel Preußen, aber auch seine Provinzen von der Bildfläche verschwunden und dadurch der Posten eines Landeshauptmanns der Rheinprovinz überflüssig geworden. Haake war einmal der erste Gauleiter im Rheinland gewesen und eine Zeit lang der einzige nationalsozialistische Abgeordnete im preußischen Landtag. Obwohl unzweifelhaft ein »alter Kämpfer«, hatte er seine Position als Gauleiter an Robert Ley verloren. Die nebenstehende Karte verdeutlicht, dass die Rheinprovinz sich über die NSDAP-Gaue Essen, Düsseldorf, Köln-Aachen und Koblenz erstreckte (Abb. 1).²⁵ Eine Reichsreform im Sinne der NSDAP hätte einen weiteren Abstieg von Haake bedeutet.

Also holte sich Haake Unterstützung beim Institut für geschichtliche Landeskunde. Prof. Steinbach kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Rheinprovinz unentbehrlich sei. »Gerade auch weil wir – von der heutigen Entmilitarisierung ganz abgesehen – hier am Nieder- und Mittelrhein dauernd ungeschützt liegen[...], ist eine einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in einem durchgehenden Provinzialverband dringend geboten.«²⁶

Mehr als dieses Gutachten dürfte das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei vom 1. Dezember 1933 eine Erleichterung für Haake gewesen sein. In seinem Geleitwort zur Zeitschrift »Die Rheinprovinz« führte er dazu Anfang 1934 aus: »Heute, wo Staat und Partei eins sind, hoffe ich, dass ›Die Rheinprovinz‹ im erhöhten Maße dazu beitragen wird, alle in Frage kommenden Stellen im verstärkten Maße am Neuaufbau unseres Staates heranzuziehen.«²⁷ Haake betrachtete also die »Reichsreform« als beendet. Das Thema wurde freilich immer wieder einmal reanimiert.

Ein Mittel der Selbstbehauptung ist genau die genannte Zeitschrift, mit der Haake sich ein Alleinstellungsmerkmal verschaffte. Der Name ist Programm: Die Rheinprovinz, sein Zuständigkeitsbereich. Die Zeitschrift war allerdings nicht neu. Die ersten neun Jahrgänge hatte sie unter der Bezeichnung »Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz« firmiert und erst 1934 ihren neuen Titel erhalten, um zu demonstrieren, dass es um die gesamte Provinz ging und um alle Aktivitäten des Provinzialverbandes. Zu den traditionellen Themen trat nun auch die kulturelle Tätigkeit, die bis dahin in der Zeitschrift »Rheinische Heimatpflege« ihren Niederschlag gefunden hatte und auch weiter fand. Anders als die Vorgängerversion ist Die Rheinprovinz wesentlich aufwändiger gestaltet, in grünem Ganzleinen mit Golddruck gebunden und mit viel mehr Abbildungen versehen als zuvor (Abb. 2).

Haake wollte diese Zeitschrift benutzen, um »alle in Frage kommenden Stellen [...] am Neuaufbau heranzuziehen«. Neben den Gauen gab es weitere Einrichtungen der NSDAP wie die Hitlerjugend, die NS-Frauensschaft, die vielleicht keine existentielle Bedrohung darstellten, aber den Verlust von Zuständigkeiten nach sich ziehen konnten. Haake versuchte es mit einer Umarmungsstrategie, indem er die Zeitschrift »Rheinprovinz« zu einem amtlichen Publikationsorgan machte, in dem Bekannt-

²² Marlene Nikolay-Panter, Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande von seiner Gründung im Jahre 1920 bis zum Beginn der 30er Jahre – ein Überblick, in: Stephan Lennartz (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserzeit und Nationalsozialismus, Bensberg 1997, S. 57–71, hier S. 68 f.

²³ Marie-Isabel Zirpel, »Hüterin und Mahnerin eines unvergänglichen Erbes ...«. Konzepte regionaler Kulturpolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus am Beispiel des

Rheinischen Provinzialverbandes. Ungedruckte Magisterarbeit, Universität Münster 2008, S. 18.

²⁴ Wolfgang Baum, Die »Reichsreform« im Dritten Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1953), Heft 1, S. 36–56, hier S. 37 und S. 40.

²⁵ Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 319.

²⁶ ALVR 4679, S. 3 des Gutachtens.

²⁷ Die Rheinprovinz 10 (1934), Heft 1, S. 1.

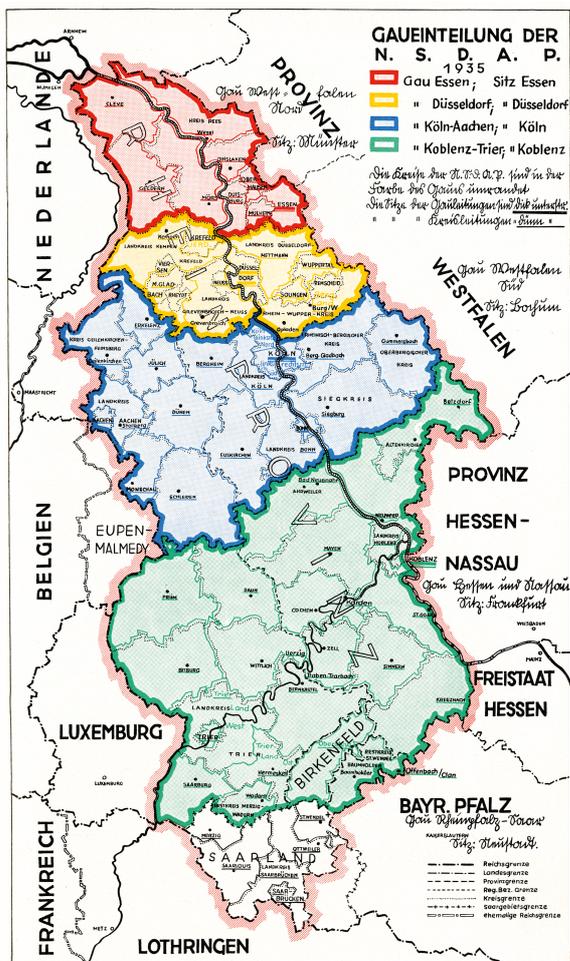


Abb. 1 Die Gaue der NSDAP im Gebiet der Rheinprovinz, in: Die Rheinprovinz 1935, S. 319.

machungen der NSDAP-Gaue der Region ebenso zu finden waren wie diejenigen der NS-Frauenschaft, der regionalen Hitlerjugend und so weiter.

Haakes Tun war weiterhin darauf gerichtet, sich unentbehrlich zu machen in den Augen von Hitler, indem er den Provinzialverband nutzte, um Linientreue zu beweisen und sich von niemandem bei der Propagierung der NS-Ideologie übertreffen zu lassen. Dabei versuchte er nicht nur, seine Zuständigkeit von niemandem einschränken zu lassen, sondern ging auch daran, seiner Verwaltung immer neue Zuständigkeiten zu verschaffen und diese tief in der Region und in Deutschland zu verwurzeln. Die Abschaffung der politischen Vertretung des Provinzialverbandes und die Gleichschaltung stärkten seine Handlungsfähigkeit noch.

Dabei scheint er anfangs die Möglichkeiten der Kulturpolitik nicht wahrgenommen und die durch sie verursachten Kosten überschätzt zu haben. Die negativen Aus-

wirkungen bekam im Kulturbereich als erstes die junge Archivberatungsstelle zu spüren. Landeshauptmann Haake kündigte kurz nach seinem Amtsantritt im Juli 1933 den beiden Mitarbeitern Otto Reinhard Redlich und Wilhelm Kisky. Georg Vollmer, dem Direktor des Staatsarchives in Düsseldorf, gelang es, Haake umzustimmen. Er verwies besonders auf die Ahnen- und Rassenforschung, die auf archivalische Quellen dringend angewiesen war. Die Archivberatungsstelle durfte mit Kisky an der Spitze weiterarbeiten. Sie wurde 1935 mit Dr. Karl Wilckes sogar um einen weiteren Mitarbeiter aufgestockt.

Haake begriff schließlich, dass im Kulturbereich keine großen Einsparungen möglich waren, und er sah ein, dass er sonst wenige Themen hatte, mit denen er öffentlich punkten konnte. Straßenbau war weiterhin seine Zuständigkeit, aber das Filetstück, der Bau von Autobahnen (bei denen die Rheinprovinz immerhin ein Vorreiter gewesen war), lag jetzt beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Fritz Todt, und wurde wegen der Möglichkeit publikumswirksamer Auftritte von Hitler als Chefsache betrachtet. Das Gesundheitswesen bot mit der Psychiatrie und den Zwangssterilisationen ebensowenig ein »appetitliches« Thema wie die Fürsorge für schwer erziehbare Jugendliche. Auch diese Inhalte wurden behandelt, rückten jedoch in den Hintergrund. Haakes Gesinnungswandel lässt sich am Leitmotto der Rheinprovinz für 1938 ablesen: »Auf allen Gebieten der provinziellen Selbstverwaltung, sei es auf dem der Kulturpflege, der Volkstums- und Heimatpflege, der Landeskultur und der Landwirtschaft, des Straßenbaues usw. trat [...] eine Intensivierung und Vertiefung der gesamten Arbeit ein.«²⁸

Die kostenintensivsten Abteilungen wie Gesundheitspflege (vor allem Psychiatrie) und Jugendwohlfahrt werden gar nicht ausdrücklich genannt, die kulturellen Aufgaben stehen an erster Stelle, obwohl auf sie nur ein bis zwei Prozent des Haushalts entfallen. Andererseits muss man im Auge behalten, dass sich die Ausgaben für die Kulturpflege von 1933 bis 1939 verdreifachten.²⁹ Auch an der Verwaltungsstruktur ist zu erkennen, dass die Kultur an Bedeutung gewann.

Haake stellte Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt, einen promovierten Kunsthistoriker, am 1. September 1933 als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter in der Kulturabteilung ein. Dieser war Mitglied der NSDAP und SA seit 1927. Er war Haake auf seinen Reisen als Parteiredner aufgefallen, als jener in Marburg den Saalschutz für ihn organisierte. Apffelstaedt stieg rasch auf und übernahm am 4. Dezember 1934 die Leitung der Kulturabteilung. Sein Vorgänger Dr. Josef Busley war schon 1933 in die Denkmälerinventarisierung versetzt worden. Im Jahr 1935 beför-

²⁸ Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 3.

²⁹ Horst Romeyk, Heinrich Haake. 1892–1945, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. 17, Köln 1997, S. 211.

derte Haake Apffelstaedt zum Landesrat und damit zu einem Spitzenbeamten.³⁰ Diese Beförderung machte die Kulturabteilung zu einer Abteilung ersten Ranges.

Mit Apffelstaedt hatte Haake einen energischen Untergebenen, der absolut linientreu war im Sinne der NS-Ideologie. Das zeigte sich zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn-Poppelsdorf e. V., kurz Gefrubbb genannt. Der Dezernent vertrat Haake bei den Sitzungen dieser Gesellschaft. So sollten am 19. Juni 1935 drei neue Mitglieder in den Vorstand gewählt werden. Es handelte sich um Dr. Paul Silverberg, Dr. Friedrich Solmsen und Oberpräsident i. R. Hermann Freiherr von Lüninck.

Der SA-Standartenführer und Landesverwaltungsrat Dr. Apffelstaedt erläuterte, warum das keinesfalls geschehen dürfe. Dr. Silverberg sei Jude und lebe in der Schweiz, Dr. Solmsen sei ebenfalls nicht arischer Abstammung und lebe in Berlin und Freiherr von Lüninck komme deshalb nicht in Frage, weil dieser Platz dem aktuellen Oberpräsidenten (Gauleiter Terboven) zustünde. Apffelstaedts Vorschläge wurden einstimmig angenommen.³¹

Außerdem machte er sich daran, Haake in den Beirat zu bekommen. Er deutete die Überlegung des Landeshauptmanns an, den Universitäten Köln und Bonn Stiftungen in Höhe von je zehntausend Reichsmark zukommen zu lassen, und ließ anklagen, dass Haake gern dem Beirat angehören würde. Dem Vorgang ist nicht zu entnehmen, ob diese Stiftungen zustande gekommen sind, aber Haake gelangte in den Beirat.³² Von da an jedenfalls stiegen die Spenden des Provinzialverbandes, die 1928 noch mit eintausend Reichsmark angesetzt worden waren und 1933, 1934 und 1935 auf zweihundert Mark geschrumpft waren, wieder an. Im Jahr 1936 waren es schon tausendsiebenhundert, 1937 dreitausendsechshundert Mark. Neu war jedoch, dass die Spenden zweckgebunden wurden (Ortsnamenslexikon und Flurnamenbuch) und an das Institut für geschichtliche Landeskunde gingen.³³ Die Zweckbindung ermöglichte eine zeitunabhängige Kontrolle.

Nicht nur in der Förderungspolitik änderten sich Methoden und Zielrichtung. Das lässt sich am Rheinischen Landesmuseum in Bonn zeigen, das am 24. März 1935 wieder zugänglich und nach Abschluss der noch aus-

stehenden Arbeiten am 26. April 1936 erneut eröffnet wurde. Ziel der Umgestaltung war es, aus der Gelehrten-sammlung ein Museum für das Volk zu machen. Diese Forderung war schon vor der NS-Zeit erhoben worden, hatte aber nicht ausreichend umgesetzt werden können.³⁴ Vieles davon wurde nun im Landesmuseum in Bonn verwirklicht. Die Anzahl der präsentierten Stücke wurde in

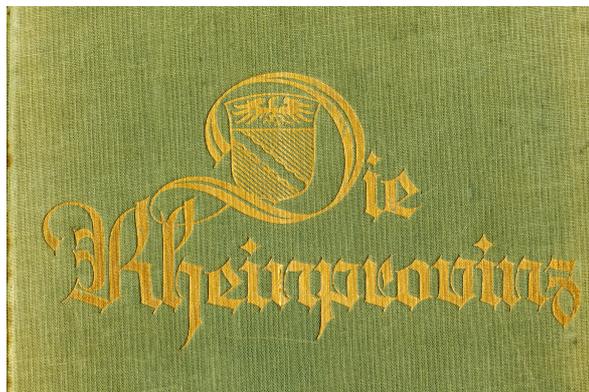


Abb. 2 Einband der Zeitschrift Die Rheinprovinz 1934.

der Schausammlung reduziert. Die übrigen wanderten in die Studiensammlung, die dem normalen Publikum nicht zugänglich war. Die Ausstellungstechnik wurde modernisiert. Erneuerung und Vereinfachung dienten nun aber der Indoktrination. Der Schwerpunkt der Darstellung wurde von den römischen Funden verschoben auf Ur- und Frühgeschichte: »die Provinzialverwaltung darf sich rühmen, die bestaufgestellte und instruktivste Schau deutscher Vor- und Frühgeschichte zu besitzen, zumal, nachdem es gelungen ist, in den letzten Monaten eine Fülle einzigartiger Neuerwerbungen aus der germanisch-fränkischen Zeit zu machen.«³⁵ Es gab zudem eine Sonderausstellung »Kampf um den Rhein«, die die Auseinandersetzungen zwischen Römern und Germanen im Sinne der NS-Ideologie darstellte. Museumsdirektor Oelmann kritisierte am Beispiel der damals in Bearbeitung befindlichen Festschrift, dass man den Begriff »Besatzungszeit« für die provinzialrömische Phase benutzt. »Er ist ein politischer Begriff mit propagandistischem Beigeschmack«, der nicht auf die römische Zeit angewandt werden könne. Geändert hat das aber nichts. »Römisches hatte von offizieller Seite aus nur insofern eine

³⁰ Bettina Bouresh: Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Köln 1996, S. 191 und S. 193.

³¹ ALVR 11085, Vermerk vom 28.06.1935

³² ALVR 11085, Schreiben vom 24.10 und 08.11.1935 sowie Achtzehnte Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn-Poppelsdorf am 16. November 1935, [Bonn 1935] (Druck) S. 5.

³³ ALVR 3670, fol. 390 r. sowie ALVR 11085, Schreiben vom 02.08.1933, 28.06.1934 und 03.06.1935 sowie Zwanzigste Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Bonn-Poppelsdorf am 06. November 1937, [Bonn 1937] (Druck), S. 39.

³⁴ Zirpel, Hüterin (Anm. 23), S. 48–54 am Beispiel des Provinzialmuseums Trier.

³⁵ Die Rheinprovinz 11 (1935), S. 352.

Daseinsberechtigung, als es die historische Überlegenheit der Germanen zu belegen hatte«. ³⁶

Auch bei der Ausgrabungstätigkeit gab es eine Abwendung von der provinzialrömischen Geschichte. Ein ambitionierter Ausgrabungsplan aus dem Jahr 1936 sieht einundzwanzig Einzelgrabungen vor, die neben schon gesicherten und erfassten Funden zu einem »Frankenkatalog« zusammengefasst werden sollten. Die Grabungsplanung 1936/37 listet zweiundvierzig Grabungen auf, von denen nur drei auf römische Funde abzielen. ³⁷ Die archäologischen Arbeiten wurden weiter intensiviert. Das lag vor allem an der gesteigerten Bautätigkeit, zu der seit 1938 auch die Errichtung des sogenannten Westwalls gehörte. Diese Maßnahmen nötigten zur vermehrten und beschleunigten Erfassung von Funden. Deshalb wurde der Landesdienst, der die Erfassung zu leisten hatte, erweitert und neu organisiert. Dazu wurden sechs junge Prähistoriker zusätzlich eingestellt, »die, durchgängig alte Parteigenossen, SA- oder SS-Männer (Rasse- und Siedlungsamt) weltanschaulich die Gewähr für eine richtige Auswertung der Funde boten«. Außerdem stellte man Hilfskräfte mit Werkverträgen ein und baute die Restaurierungswerkstätten aus. Den Mitarbeitern standen Geländewagen zur Verfügung, die den schnellen Einsatz vor Ort sicherstellen sollten. Organisatorisch wurde das Ganze abgesichert durch die Schaffung eines Landesamtes für die vorgeschichtliche Bodendenkmalpflege, das in Bonn beim Landesmuseum angesiedelt war und die Sprengel beider Landesmuseen abdeckte. ³⁸

Zusätzlich abgesichert wurden diese Aktivitäten durch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Bonn. Die Professur musste allerdings erst einmal geschaffen werden. Das funktionierte so: Ein frei gewordener Lehrstuhl für katholische Theologie wurde durch die Universität umgewidmet, die Stadt Bonn erwarb ein Gebäude und stellte es zur Verfügung, und der Provinzialverband bezahlte sechzigtausend Reichsmark für Einrichtung und Ausstattung. Zudem wurden dem Institut beträchtliche Mittel in Aussicht gestellt, die Forschungstätigkeit auch in Belgien und Nordfrankreich ermöglichten. Das sollte dazu dienen, »Brücken über die Landesgrenzen hinaus zu schlagen«. Die politische Zielrichtung war eine andere. Es ging darum,

»in zielbewußter Arbeit das Primat der französischen Forschung [...] zu brechen«. ³⁹

Landeshauptmann Haake beschränkte sich allerdings nicht darauf, seine eigenen Einrichtungen ideologisch auf- und auszubauen. Er war auch ständig auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern. Ein solches erschloss er sich mit dem 1935 gestifteten Rheinischen Literaturpreis und folgte damit einmal mehr einem westfälischen Vorbild. Der rheinische Provinzialverband hatte bis dahin mit Literatur wenig zu tun gehabt. Die Abteilung für Jugendwohlfahrt hatte »Schmutz und Schund« bekämpft und sich engagiert bei der Indizierung vornehmlich erotischer Publikationen. Nun aber wollte sich der Verband dem »arteigenen deutschen Schrifttum« widmen. ⁴⁰ Haake erreichte damit hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Der Preis war mit fünftausend Reichsmark dotiert, was einer Kaufkraft von fast fünfzigtausend Euro entspricht. ⁴¹ Die Preisverleihung avancierte zur Großveranstaltung, die zumeist im Kölner Gürzenich stattfand. Sie wurde bis weit in den Krieg hinein fortgesetzt. Vor der Nachwelt fand der Preis keine Anerkennung. ⁴²

Auch in den Theaterbereich stieß Haake vor. Zwar war die Förderung von Theatern nicht neu. So hatte das Dezernat V der Kulturabteilung unter anderem die Aufgabe, die »Interessen der Provinz bei den von ihr unterstützten Wandertheatern« wahrzunehmen, ⁴³ aber eine so enge Verbindung wie im Fall des Rheinischen Landestheaters Neuß war neu. Der Auslöser war finanzieller Natur. Der Haushalt des Theaters wies eine Deckungslücke von zehntausend Reichsmark auf. Diese wurde beseitigt durch die 1938 vorgenommene Umwandlung des bis dahin als GmbH geführten Theaters in einen eingetragenen Verein. Der Provinzialverband und die Stadt Neuß stellten je zweitausend Reichsmark zur Verfügung, die zum Verein gehörenden Landkreise insgesamt fünftausend (nach ihrer Größe gestaffelt), der Rest sollte durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht werden. Damit war das finanzielle Überleben des Theaters gesichert, das dann während des Zweiten Weltkrieges als Fronttheater agierte. ⁴⁴

Ein spätes Beispiel für das immer weitere Expandieren des Provinzialverbandes in kulturelle Bereiche ist das Provinzialinstitut für soziale Frauenkunde, das 1941 ge-

³⁶ Bouresh, Neuordnung (Anm. 24), S. 106.

³⁷ Die Rheinprovinz 12 (1936), S. 436 f.; Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 427.

³⁸ Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 23.

³⁹ Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 23 f.; ALVR 11424, Brief von Apfelstaedt an Tackenberg, 25.07.1938.

⁴⁰ Zitiert bei Georg Mölich, Rahmenbedingungen und Strukturen der Kulturpolitik des Rheinischen Provinzialverbandes nach dem Ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemann, Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 34–47, hier S. 45.

⁴¹ Dies folgt der Faustregel von Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rasse und nationaler Sozialismus, TB-Ausgabe, Frankfurt am Main 2006, S. 48. Die Kaufkraft einer Reichsmark wird auf zehn Euro geschätzt.

⁴² Immerhin finden – anders als der Preis – sieben der neun ausgezeichneten Dichter Erwähnung: Norbert Oeller, Geschichte der Literatur in den Rheinlanden seit 1815, in: Franz Petri / Georg Droegge (Hrsg.), Rheinische Geschichte, Bd. 3, Wirtschaft und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1979, S. 553–696.

⁴³ Die Rheinprovinz 9 (1934), Heft 4, S. 34.

⁴⁴ Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 746–749 und Die Rheinprovinz 15 (1940), S. 256–258.

Abb. 3 In der Bildmitte in Uniform der Landeshauptmann Heinrich Haake, zu seiner Rechten die völkisch-nationale Schriftstellerin Maria Kahle.



gründet wurde und 1942 das erste Mal an die Öffentlichkeit trat.

Es ging auf die Initiative der promovierten Kunsthistorikerin Edith Nockemann-Wolters zurück, die jedoch kurz nach der Gründung durch einen Autounfall verstarb. Ihr Ehemann Dr. Hans Nockemann fiel im Dezember 1941 vor Moskau als Unterführer der Waffen-SS. Testamentarisch vermachte er den umfangreichen Buchbestand seiner Frau dem Institut. Alles sollte der Erforschung der Frauenfrage dienen, allerdings unter nationalsozialistischen Vorzeichen.

Für Haake waren hier in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht worden. Einerseits haben die »andersartigen Anschauungen der Vergangenheit« zwar Frauen aus »unnatürlichen und unwürdigen Abhängigkeiten gelöst«, aber auf die falsche Art. »Denn sie suchte die Frau zugleich in das trügerische Licht einer liberalen Freiheit und formalen Gleichberechtigung mit dem Mann zu heben. Sie tat damit der wahren Natur der Frau und Mutter Gewalt an und entfremdete sie den naturnotwendigen Gemeinschaftsbindungen an Familie und Volk«.

Zur Eröffnung war die Dichterin Maria Kahle eingeladen worden, die eine Lesung aus ihren Werken veranstaltete und in diese Denkrichtung passte (Abb. 3).

Bemerkenswert bleibt allerdings, dass Haake dem Institut als erste Aufgabe aufgetragen hatte, die Verhältnisse

beim Fraueneinsatz im Krieg statistisch zu erfassen.⁴⁵ Die Kriegsverhältnisse dürften den Fortgang dieser Untersuchungen jedoch bedeutungslos gemacht haben wie auch bei der letzten mir bekannten Akquisition, der Landesbildstelle Köln, die 1943 in die Verwaltung des Provinzialverbandes eingegliedert wurde (die in Düsseldorf bereits 1941). Die Kölner Landesbildstelle brannte Pfingsten 1943 nach Bombenangriffen vollständig aus.⁴⁶

Aktivitäten auf nationaler Ebene. Haake beschränkte sich bei seinen ausgreifenden kulturellen Aktivitäten nicht auf die Rheinprovinz, sondern versuchte sich auch als Akteur auf nationaler Ebene. Dafür hatte er sich bereits im Oktober 1933 eine gute Ausgangsposition gesichert, als er den Vorsitz im Deutschen Heimatbund übernahm und Ende 1936 eine Vereinbarung mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gemeindetages erreichen konnte, die die Landesvereine des Heimatbundes unter den Schutz der Provinzialverbände stellte.⁴⁷ Er nahm regelmäßig an den Tagen für Denkmalpflege und Heimatschutz teil. In der Zeitschrift »Die Rheinprovinz« wurde umfänglich darüber berichtet. Haake brachte sich und seinen Verein bei diesen Gelegenheiten mit Ergebenheitstelegrammen bei Hitler in Erinnerung.⁴⁸

⁴⁵ Dichterabend im Rheinischen Provinzialinstitut für soziale Frauenkunde, in: Amtsblatt des Rheinischen Provinzialverbandes 1 (1942), S. 36–39. Diese »abgespeckte« Version der eingestellten Zeitschrift »Die Rheinprovinz« ist in Antiqua gesetzt, da Frakturschriften inzwischen als »jüdisch« galten.

⁴⁶ Nabrings, Kultur (Anm. 1), S. 315.

⁴⁷ Auf regionaler Ebene war Haake seit 1933 Ehrenvorsitzender des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz und übernahm dort den Vorsitz 1937, vgl. Romeyk, Haake (Anm. 29), S. 212; Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 10.

⁴⁸ Die Rheinprovinz 14 (1938), S. 668–674 sowie S. 734–746. Telegramm auf S. 673 f.

Grenzüberschreitende Aktivitäten. Auch an grenzübergreifenden Aktivitäten war Haake beteiligt. Schon im Geschäftsverteilungsplan von 1934 gibt es in der Abteilung des Ersten Landesrates die Zuständigkeit für Angelegenheiten des Saargebietes und des Auslandsdeutschtums.⁴⁹ Die kulturellen wie andere Verbindungen zum Saargebiet waren nie abgerissen. Da der größte Teil des Saargebietes aus der Rheinprovinz stammte, rechnete man beim Provinzialverband fest mit der Rückgliederung. Nach der Saarabstimmung wurde das Saargebiet jedoch Gauleiter Bürckel als Reichskommissar unterstellt. Das dürfte unangenehme Erinnerungen an die Reichsreform geweckt haben.

Dieser Rückschlag hinderte Haake jedoch nicht daran, weiter grenzüberschreitend tätig zu sein. So übernahm der Provinzialverband am 1. April 1938 die »Forschungsstelle Rheinländer in aller Welt«. Haake begründete dies mit seiner Zuständigkeit für landschaftliche kulturelle Arbeit. Es waren bereits zahlreiche Adressen von Auswanderern gesammelt worden. Mit dem »Rheinischen Heimatbrief« sollte versucht werden, bei den Ausgewanderten Heimatbindung zu erzeugen. Daneben erschienen mehrere Publikationen zur Methodik der Auswandererforschung und zur Geschichte der Auswanderung aus rheinischen Regionen.⁵⁰

Bereits 1937 hatte Haake das Grenzlandamt in seinem unmittelbaren Zuständigkeitsbereich eingerichtet und nutzte seine 1936 übernommene Funktion als Leiter der Außenstelle West des Volksbundes für das Deutschtum (VDA) in Zusammenarbeit mit der Grenzlandabteilung der NSDAP für subversive Aktionen im Sinne gemeinsamen Volkstums zum Beispiel in Eupen-Malmedy – St. Vith. Es muss für ihn eine große Genugtuung gewesen sein, dass nach dem erfolgreichen Vormarsch der Wehrmacht dieses Gebiet nicht nur dem Reich, sondern auch der Rheinprovinz wieder eingegliedert wurde.⁵¹

Haake wurde ebenso für das annektierte Luxemburg zuständig, was ihm zu seinem fünfzigsten Geburtstag fünfzig Flaschen luxemburgischen Weins einbrachte, »geboren aus den edelsten Säften luxemburgischen Bodens«. Sein Traum, zum Militärverwaltungschef für die Niederlande, Belgien und Luxemburg aufzusteigen, erfüllte sich jedoch nicht.⁵²

Auch das letzte große grenzübergreifende Projekt seines Kulturdezernenten blieb erfolglos. Apffelstaedt hatte sich im Oktober 1939 mit dem Bonner Kunsthistoriker Prof. Alfred Stange abgestimmt und beschlossen, bei der zu erwartenden Rückführung des aus dem Rheinland nach Frankreich »entfremdeten« rheinischen Kulturguts eine führende Rolle zu spielen. Stanges Schüler, Dr. Rudolf Brandts, sollte auf der Basis des regional vorhandenen Bibliotheksmaterials dieses Kulturgut listenmäßig erfassen. Dr. Karl Wilkes von der Archivberatungsstelle sollte das Gleiche tun auf der Basis einschlägiger Bibliotheks- und Archivbestände in Berlin. Getarnt wurde die Aktion als Vorbereitung für eine großangelegte Übung zum Thema französischer Kunstraub am Rhein an der Uni Bonn.⁵³ Trotz beflissenen Bemühens, die Angelegenheit geheim zu halten, sprach sie sich bald herum.

Von verschiedenen Stellen wurden die Listen eingefordert, seitdem Hitler Josef Goebbels mit der Leitung der Rückführung aus Deutschland entfremdeten Kulturguts beauftragt hatte. Zudem hatten die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens im Juli 1940 Reichskommissare für den Kunstschutz in den besetzten Gebieten ernannt. Der Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußens, Prof. Dr. Otto Kummel, wurde zum Reichskommissar für den Museumsschutz ernannt, für Archivalien war der zuständige Reichskommissar der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, Dr. Ernst Zipfel,⁵⁴ für Handschriften der Generaldirektor der preußischen Staatsbibliothek, Dr. Hugo Andres Krüß, für militärische Trophäen Admiral Lorey, der Chef des Heeresmuseums. Alle pochten darauf, ein Exemplar der rheinischen Denkschrift zu bekommen.

Im September 1940 war die Denkschrift in der ursprünglich gedachten Form fertiggestellt. Ihr Ziel war es, wie gesagt, alle rheinischen Kunstwerke aufzuführen, die seit 1794 aus dem Rheinland »entfremdet« worden waren. Legal erworbene Kunstgegenstände waren ausdrücklich nicht Gegenstand der Erfassung. Laut Landesrat Apffelstaedt sollte die Liste als Unterlage für die Friedensverhandlungen dienen.⁵⁵

Inzwischen hatten Goebbels und die Reichskanzlei per Erlass im August 1940 den Auftrag erteilt, alles aus deut-

⁴⁹ Die Rheinprovinz 9 (1933), S. 3 f.

⁵⁰ Die Rheinprovinz 13 (1937), S. 448; Die Rheinprovinz 15 (1939), S. 132–135; ALVR 4561–4562.

⁵¹ Thomas Müller, Die Formierung des Grenzraums, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 7), S. 763–790, passim; Die Rheinprovinz 16 (1940), S. 142.

⁵² ALVR, NL Haake 127, Geschenk der Verwaltung der höheren Kommunalverbandsangelegenheiten in Luxemburg; Müller, Formierung (Anm. 51), S. 771.

⁵³ ALVR 11240, Brief von Apffelstaedt an Stange am 30.04.1940 und Durchschrift von Stanges Empfehlungsschreiben vom 04.05.1940.

⁵⁴ Thomas Musial, Staatsarchive im Dritten Reich, Potsdam 1996. Die preußische Archivverwaltung hatte zwar schon relativ früh Überlegungen zu Maßnahmen im Kriegsfall angestellt (S. 79 f.), konkretisiert wurden diese jedoch erst unmittelbar nach dem Angriff auf Frankreich (S. 85 f.).

⁵⁵ ALVR 11240, Denkschrift S. 2.

⁵⁶ Zweiter Kummel-Bericht. S. II f., in: Library of the Congress, <http://libmma.contentdm.oclc.org/cdm/compoundobject/collection/p16028coll4/id/828>.

⁵⁷ ALVR 11240, Brief von Apffelstaedt an Oberpräsidenten, 10.09.1940.

schem Besitz entführte Kulturgut zu erfassen. Prof. Kümmel legte für seinen Zuständigkeitsbereich (Museen) einen ersten Bericht mit Datum 18. September 1940 vor.⁵⁶

Am 10. September ließ Apffelstaedt seine Listen an die zuständigen Stellen versenden.⁵⁷ Leicht gefallen ist ihm das sicher nicht. Er versuchte zwar noch auf dem Weg über Landeshauptmann Haake, Goebbels dahingehend zu bestimmen, die von Apffelstaedt gegründete Rheinland-Kommission als Expertengremium mit zu berücksichtigen. Erfolg hatte er dabei nicht. Er gab allerdings die Hoffnung nicht auf und forderte aus dem Rheinland weiterhin Meldungen über verschlepptes Kunstgut an. Mit diesen Meldungen sollte das im Landesmuseum Bonn befindliche Exemplar der Denkschrift fortgeschrieben werden.

Noch im September reiste Kümmel nach Paris und verfasste auf der Basis französischer Quellen einen zweiten Bericht, den er am 31. Dezember 1940 abschloss.⁵⁸

Bedeutung erlangte das alles jedoch nicht. Apffelstaedt berichtet am 3. November 1942 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz: »Irgendwelche Kunstgüter, mit Ausnahme von Waffen und Trophäen, sind seither nicht ins Reich zurückgekehrt.« Offenbar griff die im November 1941 von Graf Metternich erreichte Vereinbarung, die »Rückführung« bis nach Kriegsende zu vertagen. Einer Notiz vom 3. April 1944 zufolge hatte der Ausschuss für den Rücktransport geraubten Kulturgutes bereits im Februar 1942 beschlossen, »bis auf weiteres nichts zu unter-

nehmen.«⁵⁹ Eigenmächtige Versuche zur Rückführung oder zum Tausch scheiterten in der Regel.⁶⁰

Apffelstaedt suchte sich ein anderes Betätigungsfeld. Ein früherer Assistent von Prof. Stange, Hermann Bunes, nun Leiter der Kulturabteilung der Deutschen Militärverwaltung in Paris, machte ihn im September 1940, just als Apffelstaedt seine Gutachten verschickte, darauf aufmerksam, dass demnächst in großem Umfang wertvollste Kunstgegenstände aus Privatbesitz in den Kunsthandel gelangen würden.⁶¹ Apffelstaedt ließ sich nicht lange bitten. Keine zwei Monate später erstand er die ersten beiden Gemälde in Frankreich »zu einem lächerlich geringen Preis«, wie Landeshauptmann Haake wenig später schrieb.⁶² Weitere hundertdreißig Kunstwerke und historisch wertvolle Stücke folgten, sämtlich formal korrekt gekauft, aber doch so offensichtlich unter Ausnutzung der Besatzungssituation beschafft, dass man von rechtmäßigem Erwerb nicht sprechen kann. Doch diese Erwerbungsmaßnahmen blieben weit hinter den Plänen Apffelstaedts zurück.

Und das blieb von den hochfliegenden kulturpolitischen Plänen übrig: Die Reste der Kulturverwaltung des Provinzialverbandes mussten sich mit der Rettung und Fluchtung der rheinischen Kulturgüter vor Freund und Feind im eigenen Land befassen.

Dr. Wolfgang Franz Werner, Landesarchivdirektor a. D.,
Carl-von-Linné-Straße 94, 50226 Frechen

⁵⁸ Zweiter Kümmel-Bericht (Anm. 56), passim.

⁵⁹ Alle Belege in ALVR 11240.

⁶⁰ Vgl. Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die ›Westforschung‹ in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 7), S. 741–761, hier S. 760.

⁶¹ Bettina Bouresh, »Sammeln Sie also kräftig«. Kunstrückführung ins Reich – Im Auftrag der Rheinischen Provinzialverwaltung 1940–1945, in: Bazon Brock / Achim Preiß (Hrsg.), Kunst auf Befehl? Dreiunddreißig bis fünfundvierzig, München 1990, S. 59–75, hier S. 62.

⁶² Ebenda, S. 65.

Bildrechte. Abb. 3 Franz Böhme (13.01.1889–11.12.1944), Düsseldorf, in ALVR 11030.

Summary. Since 1875, the Rhenish Provinzialverband (Provincial Association) had been the self-governing body of the Rhine Province, which, among other things, was entrusted with the cultural maintenance of the region and implemented this through institutions and project funding. During the time of the Weimar Republic, it primarily promoted nationalist research, publications and events, since culture was instrumentalized to a great extent for self-assertion against France. The Bonn Institute for Historical Regional Studies, the museum and archive consultancy, the Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz as well as the provincial museums in Bonn and Trier were specifically supported in this respect. Heinrich Haake's entry into office as governor in 1933 strengthened this activity in the spirit of the National Socialist regime. Haake wanted to reinforce the position of the Provincial Association. Through the deployment of Hans-Joachim Apffelstaedt as head of the cultural department, this became an important organ for Nazi ideology, which was now propagated in museums, theatres, and newspapers as well as in the literature of the Rhine Province. The Provincial Association under Haake also attempted to exert influence across borders.

Résumé. Depuis 1875, le Provinzialverband (association provinciale) de Rhénanie fut l'organe autonome de la Province rhénane qui, entre autres choses, fut chargé de l'entretien culturel de la région et le réalisa par ses institutions et le financement de projets. Pendant la République de Weimar, il promut surtout la recherche, les publications et les manifestations nationalistes. Ainsi, on instrumentalisait la culture dans une large mesure pour s'affirmer contre la France. Par conséquent, l'Institut d'études historiques régionales de Bonn, les bureaux consultatifs des musées et des archives, le Rheinische Verein für

Denkmalpflege und Heimatschutz (association pour la conservation des monuments historiques et la protection du paysage en Rhénanie) ainsi que les musées provinciaux de Bonn et de Trèves profitaient d'un soutien approprié. En 1933, l'entrée en fonction de Heinrich Haake comme gouverneur renforça cette activité dans l'esprit du régime national-socialiste. Haake voulait raffermir la position du Provinzialverband. La nomination de Hans-Joachim Apffelstaedt à la tête du département culturel en fit un organe important pour l'idéologie nazie, qui se propageait désormais dans les musées, les théâtres et les journaux ainsi que dans la littérature de la Province rhénane. Le Provinzialverband sous Haake tenta également d'exercer son influence au-delà des frontières.

Resümee. Der rheinische Provinzialverband war seit 1875 das Selbstverwaltungsorgan der Rheinprovinz, das unter anderem mit der Kulturpflege der Region betraut war und dies durch Institutionen sowie Projektförderung umsetzte. In der Zeit der Weimarer Republik förderte er vornehmlich nationalistische Forschung, Publikationen und Veranstaltungen, da Kultur in hohem Maße zur Selbstbehauptung gegen Frankreich instrumentalisiert wurde. Gezielt wurden dahingehend das Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde, die Museums- und Archivberatung, der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz sowie die Provinzialmuseen in Bonn und Trier gefördert. Mit dem Amtseintritt Heinrich Haakes als Landeshauptmann 1933 verstärkte sich diese Tätigkeit im Sinne des nationalsozialistischen Regimes. Haake wollte die Stellung des Provinzialverbandes weiter stärken. Durch den Einsatz Hans-Joachim Apffelstaedts als Leiter der Kulturabteilung wurde diese ein wichtiges Organ für die NS-Ideologie, die nun in Museen, Theatern und Zeitungen und auch in der Literatur der Rheinprovinz propagiert wurde. Auch grenzübergreifend versuchte der Provinzialverband unter Haake, Einfluss zu nehmen.